
Offener Brief: Wir fordern einen "Runden Tisch"!

Initiative "Dialog für unsere Zukunft" <dialogfuerzukunft@gmail.com> Fr. 3. Dez., 12:35
An: <buerou_stadtrat@freiberg.de>, <buerou_ob@freiberg.de>

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Krüger,
werte Stadträte aller Fraktionen!

Sehr geehrter Herr Krüger,
zunächst möchten wir betonen, dass wir Ihnen persönlich hohe Wertschätzung und Sympathie entgegenbringen. Uns ist auch durchaus bewusst, dass Sie trotz widriger Umstände bemüht sind, Ihrer Aufgabe, den gesellschaftlichen Frieden in unserer Stadt zu wahren, gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang setzen Sie auf versöhnliche Appelle und malen ein Bild einer besseren Zukunft aus - in der es dann, irgendwann, "wenn der Sturm einmal vorüber ist", wieder besser werden würde...

Das glauben wir nicht mehr!

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist schon längst nicht mehr nur in Gefahr, er ist tatsächlich bereits nachhaltig geschädigt.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung, zu der wir uns auch zählen, wird seit geraumer Zeit und in zunehmendem Maße vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt.

Für uns ist der Alltag zu einer unerträglichen psychischen Tortur geworden, die nun bald ins 3. Jahr geht.

Wir erleben eine durch unverantwortlich handelnde Politiker und Medien stetig geschürte Angstpsychose, die unser Leben diktiert und die uns, als vermeintlich Schuldige an der Situation, zu Zielscheiben öffentlicher Diffamierung degradiert - wohin das am Ende führen wird, dazu reicht ein Blick in die unrühmliche Vergangenheit unseres Landes!

- Inzwischen schreiben Ladenbesitzer "Ungeimpfte unerwünscht" an ihre Tür.
- Politiker sprechen von "Sozialschädlingen".
- Hochdotierte Mitarbeiter eines sogenannten öffentlich-rechtlichen Rundfunks adressieren in volksverhetzerischer Art und Weise und völlig unverhohlen Schuldzuweisungen an eine Gruppe von Menschen, die lediglich auf Einhaltung ihrer im Grundgesetz verbürgten Rechte besteht.
- Polizisten treten vermehrt nicht mehr als "Bürger in Uniform" in Erscheinung, sondern, gekleidet in Kampfanzüge, als rigorose Vollstrecker eines Obrigkeitswillens.
- Zu viele Amtsträger verstehen sich inzwischen lediglich als unmündige

Befehlsempfänger, die Anordnungen mutmaßlich auch gegen den eigenen Verstand und/oder das eigene Gewissen ausführen.

Der Ministerpräsident unseres Freistaates, Herr Kretschmer, hat vor mehr als einem Jahr alle, die eine kommende Impfpflicht als realistisches Szenario beschrieben haben, als böartige Verschwörungstheoretiker beschimpft - nun trägt er die Forderung nach eben dieser Impfpflicht selbstverständlich mit.

Schweren Herzens und mit großer Selbstdisziplin ersparen wir uns an dieser Stelle eine Bewertung seines Verhaltens - diese würde unserem eigentlichen Anliegen, über den kontrovers geführten Dialog nach einem Ausweg zu suchen, aktuell nur schaden.

**Werter Herr Krüger, sehr geehrte Stadträte,
die aktuelle Situation macht es dringend erforderlich, neue, mutige Wege zu gehen!**

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Rechtmäßigkeit der Corona-Maßnahmen stellt unserer Auffassung nach einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar.

Wenn der designierte Bundeskanzler Olaf Scholz verkündet: "Für meine Regierung gibt es keine roten Linien mehr..." wird damit der Übergang in eine totalitäre Gesellschaft angekündigt.

Wir meinen, der deutsche Rechtsstaat steht am Abgrund!

Wir rufen daher Sie, werter Herr Oberbürgermeister und die Mitglieder aller Stadtratsfraktionen, dazu auf:

Werden Sie sich als gewählte Volksvertreter Ihrer Verantwortung für unser Gemeinwesen bewusst und stellen Sie sich dieser Politik der Ausgrenzung und Spaltung endlich entgegen!

Unsere konkrete Forderung lautet:

- **Die umgehende Einsetzung eines "Runden Tisches"** nach dem Vorbild von 1989/90, in der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen in einen kontroversen, sachlich geführten, aber **ergebnisoffenen Dialog** miteinander eintreten!
- Dieser muss **schnellstmöglich** organisiert werden: Start spätestens Anfang Januar.
- Die Veranstaltungen sollten in **regelmäßigen** relativ kurzen Abständen zustande kommen - wir denken, ein Rhythmus von 2-3 Wochen wäre aktuell angebracht.
- **Diese Veranstaltungen müssen unter allen Umständen öffentlich und für jedermann und zeitlich unbegrenzt nachverfolgbar und transparent sein!**
- Wir würden uns Sie, werter Herr Oberbürgermeister Krüger, als Moderator für dieses Format wünschen!
- Da die aktuellen Umstände ortsgebundene Veranstaltungen dieser Art z.Z. schwierig machen, schlagen wir vor, diese vorerst als Videokonferenzen durchzuführen.

- Wir als Bürgerinitiative wollen gerne beim Zustandekommen des Formats "Runder Tisch" mitwirken: wir bieten daher unsere Unterstützung bei der Organisation an, möchten aber auch gerne an diesen selbst teilnehmen!
- Eine Übersicht über Themen, über die wir gerne sprechen möchten, hatten wir Ihnen ja bereits im Rahmen des 2. Bürgerdialogs am 22.06.21 überreicht.

Wer sind "wir"?

Wir sind eine Gruppe von Freiburger "Montagsspaziergängern", die sich bei den von der Stadt Freiberg veranstalteten "Bürgerdialogen" zusammengefunden hat, um dort bzgl. des in unserem Land seit 2020 andauernden und für uns alle unerträglichen Ausnahmezustandes mit politisch Verantwortlichen und Befürwortern der Maßnahmen in den Diskurs zu treten.

Wir haben dazu eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen, deren wesentliche Anliegen folgende sind:

Die umgehende, uneingeschränkte Wiederherstellung unserer Grundrechte.

Die Aufarbeitung des sogenannten "Pandemiegeschehens" im Landkreis Mittelsachsen.

Unsere Initiative "Dialog für unsere Zukunft" befindet sich noch im Aufbau, über unsere Aktivitäten informieren wir über Telegram:

<https://t.me/dialogfuerzukunft>

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Hänig

Dr. Christoph Reuther

Andreas Schettler

Silvio Herrmann

Thorsten Hedrich-Wild

Gert Wolf

Tina Schmidt

Marion Schönfeld

Anke Martin-Heede

Tobias Neubert